

§ 9.

Maßregelungen dürfen unter beiderseitiger Ver-
bligung der Vertragsseite weder bei Lohnverwe-
rungen noch bei berechtigten Beschwerden vorge-
nommen werden.

§ 10.

Im Falle der Kündigung der Reichsarbeiter-
tragsgemeinschaft werden die örtlichen Verhand-
lungen nach Maßgabe des § 7 des Hauptvertrages
vorgenommen.

§ 11.

Firmen, welche dem Verbands der Arbeitgeber
nicht angehören, sind zur Unterzeichnung folgender
Vereinbarung aufzufordern:

Vereinbarung.

Unterzeichneter erkennt den am . . . für
die Ortsgruppe . . . des Allgemeinen Deut-
schen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe
und die Filiale (Zahlstelle, Ortsverein)
. . . des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen
und Wäschearbeiter Deutschlands, des Verbandes
christlicher Schneider, Schneiderinnen und verw.
Berufe Deutschlands, des Gewervereins der Schnei-
der, Schneiderinnen und verwandter Berufs-
genossen (S.-D.) Deutschlands vereinbarten Lohn-
tarif Klasse . . . vom heutigen Tage an für sich
als rechtverbindlich an und verpflichtet sich, Lohn-
zahlungsbücher vorgeschriebener Art zu führen.

Eine Anregung der Arbeitgeber, dem § 11 eine
Bestimmung anzufügen, wonach die außerhalb des
Abw stehenden Firmen auch unter das Schiedsver-
fahren fallen sollen glauben die Vertreter der
Arbeitnehmer nicht zustimmen zu können. Die An-
regung wurde daher zurückgestellt.

§ 12

Firmen, welche dem Allgemeinen Deutschen Ar-
beitgeberverband für das Schneidergewerbe nicht an-
gehören und sich nicht zum Abschlusse des Tarifes
bereit erklären, sind nach Abschluß der Verhand-
lungen über den Tarif als das Gewerbegericht
mit allen diesem zu Gebote stehenden Mitteln zu
laben, um den Tarif anzuerkennen. Gegen jene
Firmen, welche nicht zur Anerkennung zu bewegen
sind, wird seitens der Gewerkschaften unter
Unterstützung der Ortsgruppen des Allgemeinen
Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schnei-
dergewerbe vorgegangen.

Hierauf fand noch eine Aussprache über folgende
Punkte statt: Der Abw beantragte die Schaffung
eines Tariflandes, nach welchem es möglich sein soll,
die Grundlöhne nach einem einheitlichem System zu
vergleichen, wozu die Kommission im Prinzip ihre
Zustimmung gab. Die Frage der Fortuntrennung soll
auf Anregung der Arbeitgeber in der Weise geregelt
werden, wonach es ihnen freigestellt sein soll, die
Fortuntrennung in Geld zu entschädigen oder sie
in Natura zu liefern. Über Doppel- und Untertarife
sollen Erhebungen über ihren Umfang und deren
Anwendung veranfaßt werden. Gegen die Gewährung
des Heimarbeiterzuschlages bestanden nach den Aus-
führungen des Herrn Schwarz keine prinzipiellen Ein-

wendungen mehr, weil ein großer Teil der Abwmit-
glieder ein Interesse an der Erhaltung eines Stam-
mes Heimarbeiter habe, jedoch soll der Heimarbeiter-
zuschlag als reine Lohnfrage betrachtet werden. Eine
Verkürzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden lehnten
die Arbeitgeber ab. Soweit der Abw in Frage kommt,
beträgt die Arbeitszeit nach Angabe der Arbeitgeber
nur mehr an 10 Orten mehr als 10 Stunden. Dort
würde sie bis Einführung des Reichsarbeits auf 10
Stunden herabgesetzt.

Erhebungen sollen noch darüber veranfaßt werden,
in wie weit die in den Tarifen vorgezeichneten Vor-
schriften über Sanarbeitsleistung Anwendung finden.

Sodann wurde vereinbart, das Ergebnis der Er-
hebungen und eventuellen Anträge bis 1. Mai gegen-
seitig auszutauschen.

Das Schiedsverfahren betreffend stellte der freie
Verband erneute den Antrag, die Ortschiedsgerichte
aufzuheben, dafür aber die Kaufschiebsgerichte zu
vermehrten. Der Antrag fand jedoch bei den übrigen
Kommissionsmitgliedern keine Unterstützung und blieb
daher unerledigt; ebenso ein Antrag des Abw, wo-
nach Klagen, welche sich auf einen Irrtum in der
Drucklegung oder in der Niederschrift des Tarifes
beruhen, gelten 3 Monate nach dem Tage der Tarif-
ausgabe als verjährt und können weder vor dem
Reichsschiedsgericht noch vor dem Gau- und Orts-
schiebsgericht verhandelt werden.

Damit waren die Beratungen der Kommission beendet.

Christliche Gewerkschaften u. soziale Wahlen.

Wenn wir die Bedeutung der ehrenamtlichen Tätigkeit
der Arbeiterkraft innerhalb der sozialen Institutionen, die
Wichtigkeit der Arbeitervertreterämter erkennen, so kommt
noch hinzu, daß auch die christliche Gewerkschaftsbewegung
selbst auf das lebhafteste an dem Ausgang dieser Wahlen in-
teressiert ist.

Es streiten sich in der Hauptsache um die Besetzung der
sozialen Ämter die christliche und die sozialdemokratische
Arbeiterbewegung, und es trifft zu, was schon des öfteren
betont werden mußte: die Wahlen zu den Meistensaus-
schüssen und Vorständen, sowie zu den Versicherungs-
und Ueberversicherungsämtern und zum Reichsversicherungs-
beam. Landesversicherungsamt, sind der Probierstein und
Gradmesser für die zahlenmäßige Stärke, die Durchdring-
ung und Anziehungskraft der beiden Gewerkschaftsrichtungen.
Trotzdem die politische und gewerkschaftliche Sozialdemo-
kratie feinerzeit die soziale Versicherungsfragestellung
ablehnte, bemüht sie sich doch mit aller Kraft, die Versiche-
rungsvertreter ihrer Richtung in die Positionen der obenge-
nannten Träger und Behörden der Arbeiterversicherung
hineinzubringen. Die christliche Arbeiterkraft hat nun
feinerzeit Interesse daran, daß die sozialdemokratischen
Vertreter in der Hauptsache diese wichtigen Stellen besetzen.
Erfreuen dürfen die Sozialdemokraten diese Ämter im Sinne
ihrer politischen und wirtschaftlichen Bestrebungen aus,
das müssen wir so viel wie möglich verhindern, und außerdem
muß die christliche Gewerkschaftsbewegung schon aus Grün-
den der Selbsterhaltung, und um eine gute Praxis und
Rechtsprechung der Versicherungssträger u. -Behöden zu er-
reichen, sich aufs lebhafteste an den noch zu tätigen sozia-
len Wahlen beteiligen. Natürlich gilt es auch, durch gutes Ab-

sprechen bei den Wahlen das Ansehen der christlichen Ge-
werkschaftsbewegung in der Öffentlichkeit zu erhöhen und
zu stabilisieren; die eigenen Mitglieder aber werden dadurch
im Bauen und Selbstvertrauen auf ihre Sache gestärkt und
gefestigt. Die gut ausgelassenen Wahlen haben in der
Regel ihre Wirkung auf das Vorwärtskommen unserer Be-
wegung in den betreffenden Bezirken zweifelslos ausgeübt.
Sie erhöhen die Werbestraft derselben, erfüllen unter-
leuten mit Verehrung und Zueversicht. Schlechte Wahl-
resultate bewirken das Gegenteil. Sie äußern sich dadurch,
daß sie die eigenen Anhänger schwächend, andere müt und
in der Arbeit müde werden läßt. Darum müssen wir schon
aus agitatorisch-gewerkschaftlichen Gründen zur Anspannung
aller Kräfte für die kommenden sozialen Wahlen aufrufen.
Man kann jetzt nirgends mehr mit der Lebensart kommen:
es nützt doch nichts, wir kommen doch nicht durch. Wir
haben jetzt das Verhältniswahnsystem und auf Grund dessen
müssen wir in mehr oder minder stärkerer Maße zur Gel-
tung kommen, sowohl bei den Versicherungsverträgern wie
auch bei den Versicherungsbehörden. Auch in den Gegenden, wo
die christliche Gewerkschaftsbewegung relativ schwach be-
treten ist, muß sie sich mit aller Kraft bei den sozialen Wah-
len betätigen, denn die Versicherungsziffer dürfte bei ein-
germaßen Anstrengung immerhin bei den Wahlen von ihr
angebracht werden können, besonders dann, wenn sie sich
mit den bestehenden konfessionellen Arbeiter-, Arbeiterinnen-,
Gewerks- und Jugendvereinen sowie nationalen Angestell-
tenverbänden zum gemeinsamen Vorgehen verbindet.

Selbstverständlich müssen die Vorbereitungen zu den Wahlen
großartig eingeleitet und gründlich durchgeführt werden.
Wo dieses geschieht, schafft man zudem eine Reihe wirk-
ungsvoller Agitationsmittel für die christlichen Gewerk-
schaften. Die angestrichelten Konferenzen, Versammlungen und
Hausbesuche interessieren auch unorganisierte Kollegen
schließlich für unsere Sache, denn unsere Vertrauensleute
sind doch keine „stummen Hunde“, sondern lebende und
laudende Persönlichkeiten, die jede günstige Gelegenheit
auch für ihre Gewerkschaftsfrage ausnützen. Durch den
Wahlkampf werden außerdem die Gegensätze zwischen sozia-
lismus und christlich in der Regel so scharf hervor-
gehoben, daß christlich und national gesinnte Inorganisierte
dann verhältnismäßig viel leichter für die christliche Gewerk-
schaftsfrage gewonnen werden können.

Die sozialen Wahlen sollen und können auch zur Hebung
in der organisatorischen Praxis für unsere Bewegung wer-
fen. Man entdeckt und bekommt neue Mitarbeiter. Vor-
legen, die sich vielleicht bisher beiseite und sich zurück-
gezogen gehalten haben, werden durch den Wahlkampf und
die Verehrung an die Oberfläche gehoben. Sie sind am
Ende tauglich für unsere Sache als zukünftige Vertrauens-
leute und Vorstandsmitglieder. Die Wahlzeiten sollen über-
haupt dazu ausgenutzt werden, neuen Schwung und Stim-
mung in den einzelnen Orten für unsere Bewegung auszu-
lösen.

Die sozialen Wahlen bieten endlich auch die Gelegen-
heit mit den anderen christlichen und nationalen Vereinen und
Organisationen Beziehungen herzustellen, um gemeinsam
einen starken Damm, oder noch besser ein mächtiges An-
griffswort der Sozialdemokratie entgegenstellen zu können.
In nicht wenigen Orten haben diese Beziehungen zur Er-
richtung von sogenannten „Sozialen Ausschüssen“ geführt,
die häufig den Dingen auf sozialem und kommunalem Ge-
biet die größte Aufmerksamkeit schenken. Diese sozialen

Bilder vom sozialen Ferienkursus.

1.

München.

Ueber einen sozialen Ferienkursus berichten zu können,
ist an und für sich schon eine erfreuliche Tatsache. Einmal
deswegen, weil damit auch bekannt wird, daß es weite-
rgehenden Kreisen des Volkes wirklich ernst ist damit, soziale
Bildung und Schulung zu vermitteln an alle, die auf-
nahmefähig und guten Willens sind. Und weiterhin, weil
es einen beruhigenden Gedanken in sich schließt, zu sehen,
wie so viele Männer und Frauen als Referenten sowohl
als auch Zuhörer Zeit und Mühe opfern, um soziales Wissen
und soziale Bildung zu vermitteln und zu empfangen.

Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, bedeutet der
soziale Ferienkursus, den der Verband Süddeutscher kath.
Arbeitervereine in den Tagen vom 24. August bis 7. Sep-
tember veranfaßt, einen vollen Erfolg. Nahezu 200
Teilnehmer lauschten mit Spannung den Vorträgen
geschulter Referenten. Damen wie Herren, vor allem
in größerer Anzahl junge Theologen, bräunen,
beruht als Präsidium katholisch-sozialer Landesvereine eine
hehre Mission zu erfüllen, sind eifrig bemüht, ihr sozial-
politisches Rüstzeug zu vervollkommen und zu schärfen.
Aber auch Männer der sozialen Praxis, wie Beamte der
christlich-nationalen Arbeiterbewegung sind in größerer An-
zahl auf dem Kurs erschienen, um himmelberum aus den
Ausführungen von Männern und Frauen der Wissenschaft
eine Auffrischung des sozialpolitischen Gedankens und
neue Anregungen zu empfangen. Geistliche, Akademiker
und Laien, Männer und Frauen haben sich auf dem Kurs
zusammengeschoben, um als Referenten ihr Wissen zu
bieten, und Geistliche, Akademiker und Laien himmelberum
hören, vom gemeinsamen Geiste getragen, von der Hoffnung
der Erreichung des gemeinsamen Zieles erfüllt, die Vor-
träge: ein Bild eintätigen Zusammenarbeitens, das
allein und für sich genommen, so recht die Bedeutung des
unverwunden Gedankens der christlich-nationalen Arbeiter-
bewegung plastisch vor Augen führt. Denn letztlich und
endlich gibt die Arbeit, die auf dem Kurs geleistet wird, nur
dem Gedanken der christlichen Arbeiterbewegung in seiner
ganzen Ausdehnung mit dem Ziele: Einordnung der Arbeiter-
bewegung in die bestehende Gesellschaftsordnung.

Den ersten Vortrag auf dem Kurs hielt, gleichsam zur
Einführung, Dörschlagers Dr. Neppach-Ärztin u. v.,
der als nationalökonomischer Schriftsteller und Herausgeber
der Zeitschrift „Soziale Revue“ weitest Kreisen vor-
lebenshaft bekannt ist. „Das deutsche Wirtschaftswesen der
Gegenwart“ lautete das Thema, das von umfangreichen

Wissen des Vortragenden zeugend, trotz des an sich spröden
Stoffes die Zuhörer bis zum Ende fesselte. Es ist bei Neppach
weniger begeisternder Rede als die in scharfer Kon-
sequenz durchgeführte Auseinandersetzung von Tatsachen,
die statistische Fülle und die Objektivität, die grund-
sätzlich scharf scheidet, ohne zu verlesen, was den Redner
auszeichnet. Ein ernstes Mahnwort an alle, die es angeht,
die befristet und berufen sind zu helfen, war seine For-
derung: Sozialpolitik! aus wirtschaftlichen, sozialen und
religiösen Gründen. Dabei hat uns besonders gefaßt,
daß der Redner, die vielfach herkömmliche Schablone ver-
lassend, mehr Aufmerksamkeit auch für das Mittelstands-
problem verlangte, und auf die Verstärkung der Wirt-
schaftspolitik Deutschlands in den letzten zehn bis zwanzig
Jahren verweist, eine Modifizierung der Sozialpolitik im
Rahmen der heutigen Politik auf diesem Gebiete verlangte.
Nicht weniger berechtigt waren des Redners Reflexionen
über die Notwendigkeit erhöhter sozialer Erziehung bes-
sere Kreise, über die Fügung des äußeren Menschen, über
die Jagd nach dem materiellen Glück, den inneren Menschen
und seine Fügung nicht zu vergessen.

Den Nationalökonom des Verbandes süddeutscher kath.
Arbeitervereine löste in der Reihenfolge der Redner ab,
der dieses Präsidat für Neppach geprägt hatte, der Leiter
des Kursus Hr. G. Walterbach, Vorsitzender der Ver-
bände der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine
Süddeutschlands. In einer mühseligen Disposition gab
er dem Kurs mit Temperament vorgetragene Ausführungen
über „Das deutsche Wirtschaftswesen und die Standesbewe-
gung“. Auch dieses Referat diente gleichsam der Einführung
in den Kurs, „der nach Inhalt und Aufbau der Standes-
bewegung dient“. Der Vortrag gab einen Überblick über
die Standesbewegung, wobei interessant war,
wieviele Verzweigungspunkte sich ergeben mit dem Organisa-
tionsleben im Mittelalter und den Standesorganisationen
der gegenwärtigen Zeit. Diese Zusammenhänge noch ein-
gehender zu schildern, sie aus den zahlreichen Werken, in
denen sie verstreut und angeordnet sind, zu sammeln und zu
sichten, wäre zweifelslos ein recht wertvolles Thema für eine
Promotionsarbeit.

Redakteur Jos. Bergmann, vom Generalsekretariat der
christlichen Gewerkschaften in Köln, hatten wir das nächste
Referat über „Arbeiter- und Arbeitnehmerverbände in
Deutschland“ zu verhandeln. Im Redner steht ein ehemaliger
Arbeiter der Metallindustrie vor uns, der es durch eifriges
Schaffen an seiner Weiterbildung, durch seine gute natü-
rliche Rednergabe und vor allem durch sein Talent dazu ge-
bracht hat, auf der Stufenleiter der Organisationsbeamten,
daß sein Wort und sein Rat auch bei den ersten Führern

der christlichen Gewerkschaften und auch in schwierigen Situa-
tionen gerne gehört wird. Was Wunder, wenn ihn daher
auch die missandächtigen Kursteilnehmer gerne hörten. In
anschaulicher Weise zeichnete Bergmann die beschriebenen
gewerkschaftlichen Organisationen nach Geschichte, Verfas-
sung und Erfolgen, um den daraus gewonnenen Lehren
die Aktion der kooperierten Arbeitgeber gegenüberzustellen.
Froh und freimütig zeichnete der Redner die Licht-
und Schattenseiten der Gewerkschaftsorganisationen, um Arbeit-
geber- und Arbeitnehmerorganisationen, um zu dem Schluß
zu kommen, daß Mängel und Auswüchse durch die Wich-
tigkeiten übermogen werden.

„Die Sozialdemokratie und ihre Abwehr“ war das
Thema, für das der Direktor am Volkverein für das katho-
lische Deutschland und Dörschlagers Dr. Neppach-Ärztin u. v.
Arbeitervereine Dr. Otto Müller hervorragend beigesteuert
war. Einmal wegen seiner Stellung, des weiteren wegen
seiner Art, vorzutragen. Auch Müller ist ein Redner, der
durch Tatsacheneinstellung gewinnend wirkt. Seine kunst-
voll gedrehten Worte, einfache, klare Sätze, hellenweise
sagt nüchtern, fließen ihm die Worte aus dem Munde und
danach folgten ihm die Zuhörer. So zeichnet er in scharfen
Konturen den Sozialismus als Weltanschauung, nach den
Gedankengängen von Karl Marx und jenen, die man als
Grundzüge der politischen Sozialdemokratie in das Erfurter
Programm hineingearbeitet hat. Treffend ist seine Zeich-
nung des Revisionismus, zu dessen Beurteilung die Wro-
schüren von Jaos und Galtiger*) dem manche Anhaltspunkte
geben können, der über den Rahmen des Vortrages hinaus
sich eingehender mit den Streifenrichtungen sowie mit Or-
ganisation und Agitation an der Sozialdemokratie befaßt
will. Daß der Referent die Abwehr der Sozialdemokratie
von grundsätzlichen Gesichtspunkten aus forderte, ist selbst-
verständlich; diese Forderung hat uns aber trotzdem gefreut,
da man noch vielfach im Lande sich über eine recht ver-
altete Befassung der Sozialdemokratie, die letztlich ihr gar
keinen Eintrag tut, noch nicht hinweggerichtet hat. Der
Satz Müllers: „Der Arbeiterstand ist zu befähigen und an-
zuhalten, daß er selbst zum Träger einer zielbewußten
Standesbewegung wird“, schließt die Forderung nach eifriger
organisatorischer Arbeit, aber ebenso als treue und gleich-
berechtigte Zusammenarbeiten zwischen Geistlichen und
Laien in sich, und nicht zuletzt auch ein solches der katho-
lischen und, wo es möglich ist, auch der nichtkatholischen Or-
ganisationen.

*) Jaos: Krisis in der Sozialdemokratie, R.-Glabach,
1912. Galtiger: Die deutsche Sozialdemokratie in ihrer
Arbeit dargestellt, Stamm i. W. 1913.